

(A) (Präsidentin Friebe)

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich darf feststellen: Das ist ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/1103**. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich darf feststellen, daß die Beschlußempfehlung angenommen worden ist.

Damit ist auch der Einzelplan 03 erledigt.

Ich rufe Nummer 7 auf:

#### Einzelplan 04: Justizministerium

Auch hier liegen die Beschlußempfehlung Drucksache 11/1104 und Änderungsanträge von der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE GRÜNEN vor. Sie werden in die Beratung mit einbezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Diegel für die Fraktion der CDU das Wort.

(B)

**Abgeordneter Diegel (CDU):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Präsidentin! Ich habe jetzt die zweifelhafte Ehre, die letzte Runde einzuleiten, und möchte von daher insbesondere denjenigen, die schon schlüsselschwendend dahinten stehen, nicht mehr allzulang die Zeit stehlen.

Ich glaube, der Einzelplan 04 macht es schon erforderlich, daß noch ein paar grundsätzliche Akzente von der CDU eingebracht werden. Zunächst möchten wir festhalten, daß die Ergänzungsvorlage des Finanzministeriums zu der Vorlage des Justizministeriums von uns abgelehnt wird, und zwar deshalb, weil mehr Stellen gestrichen werden und somit auch eine ordentliche Gerichtsbarkeit oder die besondere Gerichtsbarkeit, vor allem bei den Rechtspflegern und Bewährungshelfern, nicht in der Form aufrechterhalten werden kann.

Wir sind daran interessiert, daß die Gerichtsbarkeit nicht nur aufrechterhalten wird, so wie in den letzten Jahren geschehen ist, sondern weiter ausgebaut wird. Wir sind daher bestrebt, mit zusätzlichem Personal und Sachmitteln Hilfeleistung zu geben. Vor allem

(C)

sind wir bestrebt, daß den Staatsanwälten und den Richtern, die eine 138%ige Überbelastung nach ihren Schlüsseln aufweisen können, entsprechend geholfen wird. Wir sind der Meinung, daß insbesondere bei den Bewährungshelfern geholfen werden muß, und haben deshalb einen Änderungsantrag eingebracht, der zusätzlich 50 Stellen vorsieht.

Warum haben wir den Antrag eingebracht? Wir haben ihn deshalb eingebracht, weil wir daran interessiert sind, daß denjenigen auch Unterstützung zukommt, die für die Reintegration der Gestrauchten in unserer Gesellschaft sorgen sollen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir das ernsthaft betreiben wollen, müssen wir die Sorgen und Nöte derjenigen ernst nehmen, die in diesem Bereich wirklich eine schwierige Arbeit leisten. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt und bitten darum, daß diesem Antrag zugestimmt wird.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Antrag ist zu dem Projekt Die Waage gestellt worden. Ich will ihn nicht noch einmal ausführlich darlegen und begründen. Fest steht, daß es sich hierbei um das Prinzip des Täter-Opfer-Ausgleichs handelt. Wenn wir dieses Prinzip ernst nehmen und fördern wollen, halten wir es für klein-kariert, daß die SPD-Fraktion dem CDU-Antrag auf Erhöhung um 50 000 DM nicht gefolgt ist und ihn wegen 10 000 DM hat scheitern lassen.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das muß man sich einmal vorstellen!)

Wie groß müssen eigentlich die Finanzsorgen sein, wenn man solche Anträge tatsächlich in einer ernsthaften Politik nicht mehr umsetzen will?

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt kommen: Das ist für uns der wichtigste politische Antrag in diesem Einzelplan 04, und zwar betrifft er die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter. Meine Damen und Herren! Wir haben einen Antrag dazu gestellt, daß Salzgitter mit 72 000 DM bezuschußt wird, und zwar deshalb, weil wir jahrelang haben feststellen müssen, daß sich Nordrhein-Westfalen einer dementsprechenden Bezuschussung verschlossen hat.

(A) (Abgeordneter Diegel [CDU])

Wie mir vorhin erfreulicherweise signalisiert worden ist - man kann es kaum glauben in einer späten Stunde -, gibt es vernünftige Ansätze, um sich einigen zu können: So hat die SPD-Fraktion signalisiert, diesem Antrag der CDU zustimmen zu wollen, also 72 000 DM für Salzgitter noch zu investieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir von der CDU begrüßen dies ausdrücklich, nicht nur deshalb, weil in der Zwischenzeit ein neues Buch von Herrn Sauter herausgekommen ist, der sich mit diesem Thema näher beschäftigt und noch einmal dargelegt hat, wie wichtig es in der Vergangenheit war und auch für die Zukunft ist, daß es eine solche zentrale Erfassungsstelle gibt, die die SED-Greuel-taten nicht nur auflistet, sondern auch auswertet.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind insbesondere auch deshalb glücklich darüber, weil wir wissen, daß die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter jetzt ausschließlich die Aufgabe hat, bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte drüben in den ostdeutschen Ländern dafür Sorge zu tragen, daß eben nicht die alten SED-Bonzen drankommen, sondern daß nur ausgewählte Juristen die Rechtsprechung vertreten, wie wir sie hier im Westen gelernt haben.

(B)

Zum Schluß möchte ich noch einmal deutlich hervorheben: Wir sind der SPD-Fraktion sehr dankbar für das Signal, daß man sich dem Wunsch der CDU-Fraktion aus nordrhein-westfälischer Sicht nicht verschließt und die 72 000 DM nicht umsonst anlegt. Wir bekräftigen es noch einmal ausdrücklich: Wir freuen uns darüber. Ich kann Ihnen versichern, daß wir von seiten der CDU weiterhin bemüht sein werden, diese Stelle in Salzgitter auch künftig zu fördern. Wir freuen uns darüber, daß in der SPD die Vernunft eingesetzt hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Haak.

(C)

Abgeordneter Dr. Haak (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe heute öfter an den Ratschlag Dr. Martin Luthers für Redner denken müssen: Mach das Maul auf, tritt fest auf, hör bald auf!

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, daß dies in Sachen Justiz im Augenblick auch sehr gut möglich ist. Wer sich einmal mit offenen Augen in den ostdeutschen Bundesländern umschaut, erkennt, was eine rechtsstaatliche Justiz wert ist und was sie uns wert sein muß. Er erkennt auch, welche Arbeit hier bei uns von der rechtsstaatlichen Justiz geleistet wird, und erkennt zugleich, daß wir in Sachen Hilfe für die ostdeutschen Bundesländer mit dem, was wir in diesem Jahr tun, sicherlich nicht am Ende des Fahnenmastes angelangt sind.

Es wird uns einfach ein ganz zentraler Punkt der künftigen Entwicklung deutlich, der bei uns selbstverständlich ist und dessen Wert wir nicht immer erkennen, der uns aber jetzt klarer erkennbar wird.

Das Zweite, meine Damen und Herren: Ich habe Herrn Kollegen Diegel an einigen Punkten nicht verstanden. Es liegt ja heute nur ein Antrag der CDU vor. Alle Fraktionen haben in den Ausschüssen weitere Überlegungen angestellt. Der SPD-Fraktion hat es besonders am Herzen gelegen, die Stellen für die Asylgerichtsbarkeit und die Stellen für das Drogenprogramm durchzusetzen, und das ist auch geschehen. Aber heute steht nur ein Antrag an, nämlich der Antrag der CDU.

(D)

Es hat Anträge der GRÜNEN im Ausschuß gegeben, bei denen es um Einzelfälle der Versorgung der Gefangenen ging. Wir haben feststellen müssen, daß die darin vorgetragenen Fakten nicht zutreffen. Deshalb haben wir nicht zugestimmt. Daß die Gefangenen menschenwürdig versorgt werden müssen, ist unbestreitbar. Aber daran besteht auch kein Zweifel.

Zur Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter! Ich glaube, es ist heute abend nicht die richtige Stunde, zu untersuchen, warum die politischen Meinungen zu diesem Punkt in der Vergangenheit konträr waren.

(A) (Abgeordneter Dr. Haak [SPD])

(Abgeordneter Goldmann [CDU]: Das wissen wir genau!)

- Ich weiß das auch genau; bei anderer Gelegenheit werden wir uns darüber noch einmal aussprechen. Aber, Herr Kollege, heute geht es doch um eine ganz andere Sache. Es geht heute darum, daß das Material schnell gesichtet wird und schnell in die Hände derjenigen gelangt, die dafür zuständig sind, nämlich die Justizbehörden der neuen Bundesländer.

Eines muß ich klarstellen: Das Land Nordrhein-Westfalen hat durch die Abordnung eines Staatsanwalts einen wesentlichen Beitrag geleistet, daß dies geschieht. Das ist kein Alleingang. Ich habe einer Anfrage im Deutschen Bundestag entnommen, daß dies mehrere Bundesländer getan haben, und muß aus der Debatte im Bundestag schließen, daß dies so verabredet worden ist, Herr Justizminister.

Wir haben folgende Überlegung angestellt: Wir sind der Meinung, daß die Arbeit mit dem abgeordneten Personal zu schaffen ist. Da es uns aber wichtig ist, daß das jetzt abgewickelt wird und daß die Unterlagen sehr schnell in die Hände der Verantwortlichen in Ostdeutschland gelangen, wollen wir vorsorglich auch die 72 000 DM mit Ihnen von der CDU gemeinsam einstellen. Wir sind allerdings der Meinung, Frau Präsidentin, daß ein qualifizierter Sperrvermerk angebracht werden soll, so daß nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses über diese Mittel verfügt werden darf. Wenn wir sie brauchen, stehen sie zur Verfügung; der Haushalts- und Finanzausschuß mag dies verantwortlich prüfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich sagen, daß trotz aller Nöte im Kontext mit der gegebenen finanzpolitischen Situation und trotz mancher Unzulänglichkeiten auch mit dem Haushalt dieses Jahres die Voraussetzung dafür gegeben ist, daß in unserem Lande eine rechtsstaatliche Justiz ihre wichtige Arbeit leisten kann und wird. Dafür sind wir angesichts der schwierigen Situation sehr dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten

Lanfermann das Wort.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube in der Tat, wenn man nach 22 Uhr spricht - und es ist komischerweise immer der Fall, daß die Justiz so spät an der Reihe ist; vielleicht können wir das beim nächsten Mal ändern -, hat man es nicht so leicht und sollte die Geduld nicht überstrapazieren. Deswegen will ich versuchen, mich auf wenige Punkte zu beschränken.

Salzgitter ist schon angesprochen worden. Wir sind davon ausgegangen, daß nach dem Bericht des Justizministers in der vorletzten Sitzung des Rechtsausschusses die Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen erbracht werden, nämlich durch Abordnung eines Staatsanwalts auch über die bisher vorgesehene Zeit hinaus. Ob darüber hinaus Mittel gezahlt werden müssen, wird man sehen. Ich glaube, wichtig ist vor allen Dingen jetzt das Bekenntnis jetzt auch der SPD-Fraktion, daß die unselige Zeit, in der man zu Salzgitter ein recht gebrochenes Verhältnis hatte, überwunden ist. Warum man da einen Sperrvermerk ausbringen muß, leuchtet mir nicht ganz ein. Ich gehe an sich davon aus, daß, wenn das Geld nicht gebraucht wird, es nicht ausgegeben wird. Warum (D) umgekehrt der Ausschuß darüber entscheiden soll, weiß ich nicht. Aber jedenfalls stimmen wir dem Antrag der CDU zu.

Bei dem Antrag der GRÜNEN zur Weiterbildung von Bewährungshelfern werden wir uns enthalten, weil es uns insgesamt noch nicht schlüssig zu sein scheint. Hier müßte ein Konzept der Weiterbildung insgesamt aufgelegt werden. Wir kennen das Problem, auch parallel bei den Vollzugsbediensteten. In dem Vollzugskonzept selbst, das der Minister vor etlicher Zeit vorgelegt hat, gibt es recht harsche Worte der Eigenkritik darüber, was alles fehlt und getan werden müßte. Wir fordern den Justizminister ausdrücklich auf, uns bis zu den nächsten Haushaltsberatungen, die schon in wenigen Monaten anstehen, ein besseres Konzept für Weiterbildung in der Justiz vorzulegen.

Herr Kollege Appel, den von Ihnen vorgelegten Antrag, den Ansatz für Ausstattung, Bekleidung und ähnliches im Vollzug um 3 Millionen DM zu erhöhen, finde ich in dieser Form nicht korrekt. Wir

(A) (Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]

haben eine Vollzugskommission, der Sie selber angehören. Wenn es wirklich begründete Anlässe gibt, zu sagen, hier werde etwas nicht geleistet, was geleistet werden müßte, dann könnte man das dort zum Gegenstand einer Besprechung machen. Wir alle sind gern bereit - auch Sie, Frau Morawietz, als Vorsitzende der Kommission -, diesen Punkt einmal gesondert zu behandeln. Aber hier mit einem bißchen Showeffekt einfach zu behaupten, es fehle an den einfachsten Dingen, um die Gefangenen menschenwürdig zu versorgen, und dafür wolle man 3 Millionen DM, halten wir nicht für die richtige Art. Wir werden deshalb den Antrag ablehnen.

Nachdem wir im Ausschuß einiges durchgesprochen hatten, haben wir jetzt hier keinen Antrag mehr gestellt. Letztlich ist die Begründung nicht nur die allgemeine Haushaltslage, sondern auch das, was der Kollege Haak richtigerweise ausgeführt hat.

Was jetzt am allerwichtigsten ist - ich glaube, dafür finden wir auch viel Verständnis bei den Vertretern der verschiedensten Berufsgruppen, die in der Justiz ansässig sind -, sind die Hilfen für Brandenburg. Wer in den letzten Tagen das Interview mit Minister Bräutigam gelesen hat, der weiß, daß es in den neuen Ländern zur Zeit kaum möglich ist, überhaupt die richtigen Leute zu finden, die es schaffen können, wiederum diejenigen zu finden, die man überhaupt weiterbeschäftigen kann. Das Problem ist uns allseits bekannt.

Ich denke, daß die Anstrengungen, die bisher richtigerweise unternommen worden sind, selbst nicht ausreichen.

Noch vor wenigen Tagen habe ich einen mündlichen Bericht des Bundesjustizministers auf einer Veranstaltung gehört, in der er aus seiner Sicht die Situation dargestellt hat und noch einmal die Gründe dargelegt hat, warum er hier - Stichwort: Seniorenprogramm - selbst initiativ geworden ist. Auf der Justizministerkonferenz war das ja auch ein wichtiges Thema.

Es ist ja auch in diesem Bereich des Rechtsstaats, den es dort praktisch völlig neu aufzubauen gilt, noch mehr als in anderen Bereichen einfach so, daß unsere normalen Mittel, unsere normalen Konflikt- oder Problembewältigungsstrategien, unsere normalen

gesetzlichen Vorschriften überhaupt nicht ausreichen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Deswegen muß man - das ist der eindringliche Appell an dieser Stelle und genau zu diesem Justizhaushalt - dazu kommen, daß wir uns unkonventionellere Dinge einfallen lassen.

Ich bitte noch einmal ernsthaft zu prüfen, ob man nicht für eine Übergangszeit - das ist auch rechtlich zu schaffen, Herr Minister - doch organisieren kann, daß z. B. ganze Kammern von Gerichten oder auch Staatsanwälte dort quasi Gerichtswochen abhalten, wie wir das früher in entlegenen Landesteilen auch gehabt haben, daß man vielleicht doch Modelle findet, bei denen - ohne daß das eine Bevormundung sein soll; das will ich ausdrücklich sagen - z. B. für Brandenburg einige Leute einmal im Monat für ein paar Tage hinüberfahren und dort einige Dinge bearbeiten, vielleicht auch mitnehmen, so daß wir also unsere Strukturen - bei allen Schwächen und Problemen die wir hier haben -, die gegenüber Brandenburg im Prinzip ja gesund sind, in dem Sinne nutzen, die Entfernung und einmal die rechtlichen Hindernisse überwinden, um damit dafür zu sorgen, daß wenigstens eine gesunde Grundversorgung an Rechtsstaat in den neuen Ländern erfolgt. Sie wissen genau: Ähnlich wie bei den Kommunalbeamten, ist die Situation zur Zeit einfach untragbar. Man muß auch sehen, daß gerade in der Justiz in der Bevölkerung in den neuen Ländern ein großes Mißtrauen gegen alle herrscht, die früher in diesem Bereich tätig gewesen sind.

Das hier noch einmal speziell als Appell auch an den Justizminister! Das gilt natürlich ähnlich für Rechtspfleger in Grundbuchsachen.

Wir müssen einfach eingestehen, daß die Bearbeitungszeiten, die dort, wenn es in dem bisherigen Tempo weitergeht, auf uns zukommen, unerträglich sind und die sozialen Spannungen in den neuen Ländern noch erhöhen, weil natürlich auch der wirtschaftliche Aufbau dadurch gehemmt wird.

Angesichts der späten Stunde danke ich Ihnen besonders für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

(D)

(A)

**Präsidentin Friebe:** Danke schön. - Für die Fraktion die GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Appel.

**Abgeordneter Appel (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Männer und Frauen! Mit Knackis läßt sich kein Wahlkampf gewinnen, und Justizminister auf Landesebene kommen meist nur in die Schlagzeilen, wenn prominente Gangster ausbüchsen.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß der Herr Justizminister sich im Kabinett nicht besser für seine Belange einsetzen konnte.

Denn eins ist klar: Vollzug kann Straffälligkeit nicht verhindern, kann keine archaische Sühne sein und will auch kein Herumpädagogisieren sein. Aber er sollte so weit wie möglich soziale Fertigkeiten vermitteln und für eine Wiedereingliederung bzw. meist erst einmal überhaupt für eine Eingliederung in die Gesellschaft sorgen.

Hier sind die Mängel eben evident. Es gibt ein klaren Zusammenhang zwischen Rückfallquote und sozialen Verhältnissen: Wer als Jugendlicher eine abgeschlossene Ausbildung und einen Arbeitsplatz nach dem Knast hat, der wird nur in 10 % der Fälle rückfällig. Ohne Stelle, aber mit abgeschlossener Ausbildung sind es schon 30 %. Und ohne Stelle und ohne Ausbildung sind es 50 % und mehr.

(B)

Dies sollte uns zu Denken geben. Das sollte uns auch daran denken lassen, wie die Rahmenbedingungen, unter denen sich Strafgefangene, strafgefangene Jugendliche oder auch noch nicht in den Knast eingefahrene Jugendliche und Erwachsene bewegen, sind.

Das hat uns dazu gebracht, daß wir die Anträge zur Situation der Bewährungshilfe gestellt haben. Wir haben uns mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Bewährungshelferinnen unterhalten. Ich weiß ja nicht, ob Sie das auch gemacht haben; aber die haben uns erklärt, daß es in Einzelfällen bis zu 130 Probanden pro Bewährungshelfer gibt. Sie haben uns auch erklärt, daß mancher Bewährungshelfer und manche Bewährungshelferin bis zu fünf Jahre auf eine Fortbildung warten muß, wenn sie sie nicht selbst in der Freizeit organisiert. Daraus erklärt sich unser Antrag.

(C)

Das betrifft in gleichem Maße die Qualität der Ausbildung im Knast. Das ist ein Antrag, den wir im Ausschuß gestellt haben. Schauen Sie sich einmal das Angebot für Frauen an, dann scheint hier das Frauenbild des 19. Jahrhunderts Pate gestanden zu haben: Nähkurse, Stenographieren, Schreibmaschine und Hauswirtschaft. Da herrschen richtig Zucht und Ordnung und die drei großen Ks: Kinder, Küche, Kirche. Das aber hat mit gesellschaftlicher Wirklichkeit und Resozialisierung unseres Erachtens nichts mehr zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir bedauern deshalb, daß die Mehrheitsfraktion nicht die Kraft gefunden hat, unseren entsprechend sachlich begründeten Anträgen im Ausschuß zuzustimmen. Das gilt auch für die Hygieneversorgung im Knast.

Herr Kollege Haak, ich muß Ihnen leider ein bißchen widersprechen: Vieles im Strafvollzug ist entwürdigend, und zwar nicht nur das Wegschließen, der Freiheitsentzug, der Entzug der Kontakte, die Reglementierung der Kontakte mit den Anverwandten, vielleicht mit dem Nächsten.

(D)

Das Tragen von gebrauchter Unterwäsche gehört im besonderen dazu. Hier merkt ein Mensch hinter Gittern erst so richtig, daß er zum Objekt wird. Deshalb können wir es nicht unterstützen, daß sich der Justizminister bzw. die Justizvollzugsämter immer wieder auf den Standpunkt stellen, man könne das nicht organisieren, das Tragen eigener Unterwäsche mache den Anstaltsablauf oft zu kompliziert.

Wir wollen, daß die Gefangenen wenigstens, wenn sie in den Knast hineinkommen, einen Satz neuer Unterwäsche erhalten, wenn sie schon nicht die eigene tragen dürfen, daß sie diese Wäsche während des Knastaufenthalts behalten dürfen und daß nicht jemand anders nach ihnen diese Wäsche tragen muß. Darauf zielt unser Antrag ab.

Ich kann hier nur feststellen, daß ansonsten bloß ein simples "Weiter so!" erkennbar würde.

Offensichtlich - gestatten Sie mir diese ein bißchen spitze Bemerkung - hat die Landesregierung aus den

**(A)** (Abgeordneter Appel [GRÜNE])

Häftlingsrevolten im letzten Jahr doch noch nicht so viel gelernt. Glauben Sie nicht, daß es keine mehr geben wird, wenn es nach dem Motto "Weiter so!" weitergehen wird, wenn zur Tagesordnung übergegangen wird?

Denn meines Erachtens wurde viel zu schnell mit Repression gegenüber Gefangenen vorgegangen, statt mit einem klärenden Wort der Verhandlung, wie es Frau Kollegin Morawietz vorgemacht hat.

Ich denke, Herr Krumsiek, es müßte Sie doch eigentlich stören, wenn der Nato-Draht auf einigen Gefängnissen in Nordrhein-Westfalen unter dem Namen "Krumsiek-Krone" in die Geschichte eingeht. Mich würde das als Justizminister jedenfalls stören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine auch - und da zeigt leider weder der Haushalt noch das Vollzugskonzept 2000 entsprechende Ansätze -, daß die Monsteranstalten Ossendorf, Bochum oder Werl endlich wirkungsvoll auf ganzer Linie verkleinert werden müssen und daß mit der vollzogenen oder geplanten Schließung kleiner Anstalten den Möglichkeiten eines heimatnahen Vollzugs leider in Einzelfällen - beim Vinckehof haben wir es als besonders schlechtes Beispiel gesehen, Herr Lanfermann - eine Absage erteilt worden ist.

**(B)**

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann doch nicht angehen, daß immer mehr Plätze im offenen Vollzug leerstehen, weil die Scheu vor dem Risiko vorherrscht, weil einzelne Fälle des Fehlschlages - und da spreche ich die CDU an - auf alle Gefangenen übertragen werden. Warum werden sie übertragen? Weil auch hier die Opposition Stimmung gemacht hat, weil sie z. B. nach dem Gladbecker Geiseldrama den offenen Vollzug an sich in Frage stellen wollte

(Zustimmung der Abgeordneten Speth [SPD])

und weil sie in ähnlicher Weise, wie sie es bei den Asylsuchenden tut, gerne wieder einmal die sozial Schwachen gegeneinander ausspielt

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

**(C)**

und mit dem Hammer parteipolitischer Interessen darüber hinwegbrettert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das trifft dann leider die ganz Kleinen.

Ich möchte noch einen Aspekt des Haushalts ansprechen. Es muß Ihnen doch auch zu denken geben, wenn in Presseberichten zum Justizhaushalt die Überschrift erscheint: "Gefangene füllen NRW-Kasse". 54 Millionen Mark erwirtschaften Häftlinge jährlich für die Staatskasse. 20 Millionen werden ihnen davon als Arbeitsentgelt ausgeschüttet.

Justitia verdient also, aber der Knacki kann kein Geld ansparen, um vielleicht Schulden zu bezahlen, deretwegen immer mehr Menschen straffällig werden, oder um, wenn er herauskommt, den angerichteten Schaden wieder gutmachen zu können. Und das wollen wir doch, das ist doch auch ein Resozialisierungsziel!

Deshalb halte ich es - das muß hier gesagt werden - in diesem Zusammenhang auch für unerträglich, daß die Entlassungsgelder der Gefangenen immer noch auf die Sozialhilfe angerechnet werden. Das kann in vielen Fällen den Start in die Freiheit wieder zur Bruchlandung werden lassen.

**(D)**

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Vergessen wir nicht, daß gerade die derzeitige Wohnungssituation - und da sind wir wieder bei der Landespolitik en passant - natürlich auch Folgen für Straftatlassene hat. So werden zum Beispiel in Köln inzwischen die Schecks des Sozialamts für entlassene Strafgefangene meistens gleich zu den Händen der Adresse der Obdachlosenhilfe verschickt. Das ist doch kein Zustand, meine Frauen und Männer!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Zusammenhang von sozialen Verhältnissen und Kriminalität ist eben nicht zu leugnen, und das gilt insbesondere für den Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

**(A)** (Abgeordneter Appel [GRÜNE])

Gestatten Sie mir an der Stelle noch eine Bemerkung zum Problem der Selbsttötungen im Gefängnis, das mich - und ich glaube, es ergeht allen Mitgliedern der Vollzugskommission so - immer wieder betroffen macht. Wenn ich morgens so einen Brief vom Minister in der Post habe - dem kann man den Inhalt schon ansehen; das sind ganz bestimmte Briefe -, dann hat sich wieder einmal ein Gefangener das Leben genommen. Die Motive bleiben meist im dunkeln. "Zu Maßnahmen der Verwaltung", steht dann irgendwann im Bericht, "gab es keinen Anlaß." Ich denke schon, daß allein die Tatsache, daß die Suizidrate drinnen wesentlich höher als draußen ist, Anlaß sein müßte, ganz genau nachzuforschen, auch wenn Nordrhein-Westfalen hier nicht schlechter dasteht als andere Bundesländer; das kann doch kein Trost sein.

Ich wünsche mir, daß wir hier alsbald eine wissenschaftlich sorgfältige, nach Motiven und äußeren Faktoren der Selbsttötung bei Gefangenen forschende Untersuchung in Auftrag geben, um Abhilfe zu schaffen; denn für diese Menschen haben wir die Verantwortung. Sie befinden sich nämlich in unserer Obhut, in besonderen staatlichen Gewaltverhältnissen. Hier muß sich radikal etwas ändern. Es geht auch nicht an, daß der Justizminister die Bemühungen seiner Partei und der Kollegin Morawietz immer wieder mit den - so sage ich einmal - normativen Kräften des Faktischen straft.

**(B)**

Und da wir gerade bei Gewaltverhältnissen sind: Auch die Justiz muß darauf achten, welchen äußeren Rahmen sich Verfahren geben, in denen unseren Angeklagten auch das Recht zur Verteidigung zusteht. Ich nenne hier aus besonderem Anlaß den Kurdenprozeß in Düsseldorf, der ja gestern weitgehend geplatzt ist. Hier wird nicht nur deutlich, daß die Kronzeugenregelung nichts taugt, sondern es wird auch klar, daß hier ein Gebäude für 8 Millionen DM gebaut wurde, um einen Schauprozeß abzuziehen.

Ich rate Ihnen, Herr Krumsiek: Gehen Sie einmal zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe - die scheint ja bei der Planung kräftig mitgewirkt zu haben - und holen Sie sich die 8 Millionen zurück! Die tun wir dann in den Haushalt für die Knackis, und dann kommen wir im Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen wieder weiter. - Schönen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Friebe:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Dr. Krumsiek das Wort.

(Zuruf von der SPD: Kurz! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Die Meßlatte liegt hoch!)

**Justizminister Dr. Krumsiek:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haben Sie keine Sorge, daß Herr Appel trotz seines Unterhaltungswertes mich zu einem längeren Referat über den Vollzug provoziert haben könnte.

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie mich soviel wiederholen: Wir haben die beste Ausstattung im Vollzug im Vergleich zu allen anderen Ländern in der Bundesrepublik. Zweitens: Jeder Häftling kostet uns pro Tag um 140 Mark. Da können Sie nicht sagen, wir würden am Aufenthalt dieser Gefangenen noch verdienen.

(Beifall bei der CDU)

**(D)**

Die Justiz erledigt Geschäftsanfälle auf einem hohen Niveau. Dennoch bin ich sehr froh, daß wir, wenn die Stellen bewilligt werden, die hier in den Beratungen deutlich geworden sind, das Programm zur Bekämpfung der Drogenkriminalität durchführen können, daß wir hoffen können, die Asylverfahren besser zu bewältigen, und daß wir auch unsere Datenverarbeitung ausbauen können.

Am meisten freue ich mich darüber, daß der Landtag bis zu 38 Millionen DM für Hilfsmaßnahmen gegenüber dem Land Brandenburg und Neubrandenburg bereitstellt. Meine Damen und Herren, es sind zur Zeit etwa 200 Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger, die außerhalb Nordrhein-Westfalens - in Brandenburg und Neubrandenburg - tätig sind. Das ist die größte Anstrengung, die ein Land zur Zeit unternimmt. Ich meine, wir sollten das einmal hervorheben. Ich habe sehr engen Kontakt sowohl zu Herrn Kollegen Bräutigam und zu Herrn Kollegen Born. Wir treffen uns regelmäßig. Das, was Sie, Herr

(A) (Minister Dr. Krumsiek)

Kollege Lanfermann, hier angesprochen haben, ist Wirklichkeit: daß Beamte wochenweise, tageweise herüberfahren, daß sie bei uns ihre Pflichten erfüllen und dennoch dort für Aufgaben zur Verfügung stehen.

Ich will jetzt nicht viel zu den beiden Anträgen sagen.

Zur Aus- und Fortbildung der Bewährungshelfer nur soviel: Von den im letzten Jahr zur Verfügung gestellten 55 000 DM sind nur 48 000 DM beansprucht worden, und deswegen glauben wir, daß wir mit 60 000 DM auskommen. Zweitens: Bei der Position Bekleidung, Ausstattungsgegenstände für Körperpflege usw. handelt sich um eine Haushaltsstelle, die innerhalb der Hauptgruppe deckungsfähig ist. Und angesichts der rückläufigen Gefangenzahlen braucht man dann nicht eine Aufstockung, wie sie in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommt.

Lassen Sie mich ein letztes sagen - das liegt mir auch sehr am Herzen - zu der Erfassungsstelle Salzgitter. Die Justizminister haben auf ihrer Konferenz im vorigen Sommer einstimmig beschlossen, daß Salzgitter als Beweis- und Dokumentationsstelle fortgeführt werden soll. Wir haben dann im Herbst, im November vorigen Jahres, beschlossen, daß wir sie nicht nur mit Geld unterstützen, sondern daß wir insbesondere personell helfen. Es kommt entscheidend darauf an, daß die in Salzgitter vorhandenen Akten ausgewertet werden, damit sie für die Entscheidungen der Richterwahlausschüsse in den fünf neuen Ländern zur Verfügung stehen. Deswegen habe ich mit Wirkung vom 1. Januar diesen Jahres einen Staatsanwalt nach Salzgitter abgeordnet, zunächst auf die Dauer von sechs Monaten; das kann verlängert werden. Dessen Personalkosten betragen pro Jahr etwa 60 000 bis 75 000 DM.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Wenn Sie nun, Herr Kollege Schauerte, meinen, es müsse noch darüber hinaus Geld zur Verfügung gestellt werden,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sehr schön!)

habe ich nichts dagegen. Nur, dann sage ich Ihnen, ich möchte genau wissen, damit wir auch nichts

überzahlen, was wir dem Lande Niedersachsen geben müssen. Deswegen halte ich es für richtig, daß hier ein Sperrvermerk angebracht wird. Ich hoffe, daß ich Ihnen damit die erforderliche Erläuterung gegeben habe.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist geschlossen; wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 11/1413, Stichwort: Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter auf. Hierzu hat die SPD-Fraktion beantragt, einen Sperrvermerk anzubringen. Ist der Antragsteller damit einverstanden? - Gut; dann lasse ich jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer für diesen Antrag mit Sperrvermerk ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Ist jemand dagegen? - Die Fraktion DIE GRÜNEN! Enthält sich jemand der Stimme? - Danke schön. Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der GRÜNEN so beschlossen.

Nunmehr rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 11/1414 Stichwort: Fortbildung Bewährungshelfer auf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Enthält sich jemand der Stimme? Bei Enthaltung der F.D.P. ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag Anlage 2 der Drucksache 11/1414 auf, Stichwort: Versorgung der Gefangenen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Beschlussempfehlung zu Einzelplan 04 entsprechend der Drucksache 11/1111. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke sehr! Enthält sich

(C)

(D)

(A) (Präsidentin Friebe)

jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß die Beschlußempfehlung hier angenommen worden ist.

Ich rufe nun die Nummer 8 auf:

**Einzelplan 09: Ministerium für Bundesangelegenheiten**

Die Beschlußempfehlung zu diesem Einzelplan liegt Ihnen mit Drucksache 11/1109 vor. Änderungsanträge sind nicht gestellt worden.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Riemer für die Fraktion der F.D.P.

(Abgeordneter Dr. Riemer [F.D.P.] winkt ab.)

- Nein? - Herr Dr. Riemer verzichtet. - Dann hat sich noch Frau Abgeordnete Höhn gemeldet. - Auch nicht? - Dann kann ich die Beratung schließen; wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlußempfehlung Drucksache 11/1109 zu Einzelplan 09 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, die Beschlußempfehlung ist angenommen.

(B)

Nunmehr rufe ich die Nummer 9 auf:

**Einzelplan 13: Landesrechnungshof**

Auch hier liegt die Beschlußempfehlung vor. Dazu gibt es zwei Wortmeldungen. Ich frage einmal: Herr Kollege Grevener, möchten Sie noch sprechen? - Nein. - Und Herr Dr. Riemer? - Auch nicht. - Damit kann ich die Beratung schließen und komme zur Abstimmung.

Wer der Beschlußempfehlung Drucksache 11/1113 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß Einzelplan 13 einstimmig entsprechend der Beschlußempfehlung beschlossen ist.

(Unruhe - Zurufe)

(C)

Meine Damen und Herren! Wir sind noch nicht am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich rufe auf Punkt 2 der Tagesordnung auf:

**Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen**

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gem. Art. 66 LV  
Drucksache 11/3164  
erste Lesung

Dazu möchte ich auf folgendes hinweisen: Die Fraktionen haben vereinbart, daß dieser Staatsvertrag in der heutigen Sitzung durch die Landesregierung eingebracht wird, im übrigen jedoch ohne Debatte an den Hauptausschuß überwiesen werden soll.

Die zweite Lesung des Staatsvertrages soll nicht, wie in der Tagesordnung ausgedruckt, morgen, sondern in der Plenarsitzung Ende April erfolgen. Ich frage Sie, ob Sie mit dieser Änderung der Tagesordnung für morgen einverstanden sind. - Ich höre keinen Widerspruch; denn dann können wir so verfahren, daß die Tagesordnung geändert ist.

(D)

Für die Landesregierung erteile ich nunmehr Herrn Minister Schleußer das Wort.

**Finanzminister Schleußer:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen den am 12. und 13. März dieses Jahres abgeschlossenen Staatsvertrag zwischen den Regierungen der Länder Brandenburg und Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen mit der Bitte um Zustimmung vor. Nach Auffassung beider Landesregierungen stellt der vorliegende Staatsvertrag ein notwendiges und geeignetes Instrumentarium zur Verfügung, dem Land Brandenburg schnell und wirkungsvoll beim Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung zu helfen.

Durch die Zahlung von Personalkostenzuschüssen wird die Gewinnung qualifizierten Personals ermöglicht und die Aus- und Fortbildung vorhandener Bedienstete gefördert.